



13. Januar 2010

01/10

Schulentwicklungsgutachten bis 2025:

Zukunftsfähige Schulen für Baden-Württemberg

Studie eröffnet neue Perspektiven für Schulstandorte

Stuttgart – Durch neue Wege in der Schulentwicklungsplanung könnte die Landesregierung in drei Viertel der Gemeinden in Baden-Württemberg alle Bildungsgänge der Sekundarstufe 1 anbieten und viele Schulschließungen verhindern. Dies ist ein Ergebnis des Gutachtens zur Schulentwicklung, das zwei Konstanzer Wissenschaftler am Mittwoch (13.01.) in Stuttgart im Auftrag der Bildungsgewerkschaft GEW der Öffentlichkeit vorstellten.

„Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie die Gemeinden und Städte in der Frage der regionalen Schulentwicklung nicht länger allein lässt. Sie muss Perspektiven aufzeigen. Die notwendigen Prognosezahlen sind vorhanden. Die Kinder, um die es geht, sind bereits geboren. Trotzdem hat das Kultusministerium nie öffentlich den Blick auf die Zahl der zukünftigen Schulstandorte und vor allem der Gemeinden ohne Schulen gerichtet. Der letzte Schulentwicklungsplan in Baden-Württemberg wurde vor fast vierzig Jahren veröffentlicht. Die GEW erwartet, dass sich Kultusministerium und Landesregierung mit diesen Zahlen auseinandersetzen und ernsthaft mit den Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden regionale Bildungsplanung gestalten und die darin liegenden Chancen nutzen“, sagte Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die Konstanzer Soziologen Tino und Holger Bargel und Richard Fauser untersuchten, wie sich Schülerströme bis zum Jahr 2025 in verschiedenen Schulangeboten entwickeln würden. Dabei berücksichtigten sie auch den aktuellen Planungsstand zur neuen Werkrealschule und stellten fest, dass mit deren Einführung das Schulangebot im Bereich der Hauptschule auf etwa ein Drittel des bisherigen Bestandes zurückgehen wird und 60 Prozent der Hauptschulen geschlossen werden müssten. „Die Werkrealschule wird auf größere Gemeinden beschränkt bleiben. Die befürchtete Verödung der Schulkultur in eher ländlichen und kleinstädtischen Regionen bis zu 15.000 Einwohnern wird in Kauf genommen“, sagte Bargel.

Seite 2: Weitere Informationen: Modelle Verbundschule und Sekundarschule

Modell Hauptschule/Werkrealschule – Realschule - Gymnasien

Je nach Übergangsquote würden zwischen 68,8 Prozent und 75,7 Prozent der Gemeinden unter der Zahl von 16 Schüler/innen pro Jahrgang bleiben und damit das Schülerpotenzial für eine einzügige Hauptschule nicht erreichen. Nur 111 bis 144 Gemeinden könnten eigenständig eine zweizügige Haupt- oder Werkrealschule einrichten, insgesamt errechnen die Experten ein Potenzial von 380 bis 420 Haupt-/Werkrealschulen.

Modell Verbundschule

Bei der Einführung einer Verbundschule, in der aus Haupt- und Realschule eine neue Schulart gebildet wird, könnten landesweit mindestens 847 Verbundschulen eingerichtet werden, die sich je nach Übergangsquoten auf 498 bis 577 Gemeinden verteilen würden. Im Vergleich zur Hauptschule hätten mit der Verbundschule 304 Gemeinden mehr weiterhin einen hauptschulischen Bildungsgang am Ort. Im Vergleich zur Realschule ist mit der Verbundschule ebenfalls in 190 Gemeinden mehr dieser Bildungsgang möglich.

Modell Sekundarschule

Bei einer Einführung von Sekundarschulen, in denen die Schüler bis zur Klasse 10 gemeinsam lernen, ergäbe sich ein Bedarf von 1.039 bis 1.386 Schulen. Insgesamt kämen 712 bis 759 Gemeinden als Standort einer Sekundarschule in Frage.

Weniger Schulen – aber alle Schulangebote an deutlich mehr Standorten

Bei Einrichtung von integrierten Sekundarschulen können gut zwei Drittel der Gemeinden Schulstandort sein, wobei sie in dieser Schulform alle Bildungsgänge und Abschlüsse anbieten. Bemerkenswert erscheint, dass 218 Städte allein eine Sekundarschule mit drei und mehr Zügen einrichten könnten.

Mit der Verbundschule kann die Hälfte der Gemeinden Schulstandort bleiben, allerdings begrenzt sich der gymnasiale Bildungsgang wie bislang in den bisherigen Gymnasien auf ein Fünftel der Gemeinden.

Bei Dreigliedrigkeit des Schulangebotes wird nur knapp ein Drittel der Gemeinden Schulstandort bleiben.

Der Leistungsvergleich ergibt einen klaren Vorsprung für die mögliche Versorgungsleistung in den Kommunen durch die Verbundschule, noch mehr durch die integrierte Sekundarschule. „Es bewahrheitet sich, dass bei einem strategischen Mix in der Schulentwicklung mit der Einrichtung von zwei- und dreizügigen Sekundarschulen eine deutlich bessere Schulversorgung mit weniger Schulen zu erreichen ist. Diese Schulen sind demnach nicht nur tragfähiger, stabiler und wohnortnäher gestaltbar, sondern auch effizienter und letztlich kostengünstiger. Mittel, die dadurch gewonnen werden, sollten für bessere Ressourcen und Ausstattungen bei den einzelnen Schulen genutzt werden“, sagte der Gutachter Bargel.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de